

Vermeidbares Desaster

Das deutsche Akkreditierungswesen im Windschatten von „Bologna“

| PIRMIN STEKELER-WEITHOFER | Für die einen ist die Programmakkreditierung ohne Alternative, für die anderen steht sie in der unglücklichen Reihe der Reformen, die die Universität seit Jahrzehnten überziehen. Kritische Thesen zur Akkreditierungspraxis.

Es sind spezifisch deutsche Umsetzungsprobleme des Bologna-Prozesses, welche ein Desaster für das höhere Bildungswesen in unserem Land befürchten lassen. Ohne Gegensteuerung könnten wir uns an heute als die Zeit der Beerdigung der deutschen Universität erinnern müssen, und das nicht obwohl, sondern gerade weil die Reform, die sich auf Bologna beruft, von den Beteiligten mit dem ehrlichsten Engagement und den besten Absichten vorangetrieben wird. Denn nichts erzeugt mehr Inkonsistenz im Urteilen und Handeln als die bloß aufrichtige Verfolgung eines schönen Zieles, einer Utopie. Hegel, einer der größten Philosophen, hat dies in Kritik sowohl an jedem selbstsicheren Konservatismus als auch an jeder selbsternannten Revolution der Verhältnisse im Namen eines angeblich vernünftigen Allgemeinwillens erkannt. Alexis de Tocqueville, einer der größten Sozialhistoriker, hat es an der Französischen Revolution konkret aufgezeigt: Auf die geschilderte Weise entsteht bloß eine ggf. plebiszitär gestützte bürokratische Diktatur. Auf besonders ironische Weise zeigt das schon der Titel der Partei der institutionalisierten Revolution, welche Mexiko

bekanntlich von den 20er Jahren bis in die 80er des letzten Jahrhunderts beherrschte. Ein im Vergleich zu derartigen Großparadigmen kleineres Beispiel liefert die inzwischen offenbar auf Permanenz gestellte „Deutsche Revolution“ des Hochschulwesens, in welcher unter der Fahne der Befreiung jede reale Autonomie der Universität erstickt wird, und zwar sowohl für die Professorenschaft, die zum Lehrkörper wird, als

»Nichts erzeugt mehr Inkonsistenz im Urteilen und Handeln als die bloß aufrichtige Verfolgung eines schönen Zieles, einer Utopie.«

auch für die Studierenden, für die man als „Kunden“ ein garantiertes Abschlusszertifikat für ihre „Qualifizierung“ und damit „employability“ erreichen möchte. Das alles geschieht unter dem Slogan einer „Bildung für alle“, der verdächtig dem von G.W. Bush hochgehaltenen „No one is left behind“ ähnelt, unter dem das Schulwesen in den Vereinigten Staaten in weitere Bedrängnis gebracht wurde. Man verkennt überall das nötige Eigen-Engagement für jede Bildung, wie es den Kern der Humboldt zugeschriebenen, aber eher auf Fichte zurückgehenden Idee der Einheit von Lehre, Forschung und gegenseitiger Kritik in einer modernen Universität ausmacht.

Eine derartige Vorüberlegung zur Entwicklungs- und Verfallslogik von Institutionen im Allgemeinen, von Bildungsinstitutionen im Besonderen ist

nötig, wenn man verstehen will, warum gerade das Akkreditierungswesen im Windschatten von „Bologna“ für das von allen Beteiligten erahnte, aber noch kaum in seinen Ursachen begriffene oder gar schon vermeidbar gemachte Desaster verantwortlich zu machen ist.

Zu den Zielkonflikten der Akkreditierungspraxis folgende Thesen:

1. Die Bologna-Idee der Einrichtung eines europäischen Hochschulraumes durch die Verbesserung gewisser Vergleichbarkeiten von (Teil-)Abschlüssen über gewisse Modularisierungen und das zugehörige ECTS-System war und ist sinnvoll. Nicht sinnvoll aber ist in ihrem Gefolge bewusstlos betriebene Selbstaufgabe unseres gestuften Bildungssystems. Sie geht einher mit der Missachtung von Dekaden an praktischer Erfahrung, aufgrund bloßer Hoffnung auf Verbesserung von Mobilität und in Unkenntnis der schlechten Erfahrungen mit den Bildungssystemen anderer Länder, von Großbritannien bis in die USA.

2. Eine Reform der deutschen Magisterstudien war gerade auch angesichts der schlechten Abschlussquoten in der Massenhochschule notwendig. Dazu ist die Einführung eines BA-Abschlusses, in der Regel nach drei Jahren, durchaus ein sinnvolles Mittel, zusammen mit einer stärkeren Aufteilung von Studieneinheiten in sukzessiv abschließbare Module. Höchst fragwürdig aber ist die im Gefolge dieser Reform über die Akkreditierungen erzwungene Veränderung des tradierten Lehrkanons. Besonders dramatisch wird dies in der Zerstörung der international erfolgreichen Diplomstudiengänge in den Natur- und Technikwissenschaften, für die zwar die Einführung eines Zwischenabschlusses nach sechs Semestern



AUTOR

Pirmin Stekeler-Weithofer ist Professor für Theoretische Philosophie an der Universität Leipzig und Präsident der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig.

sinnvoll sein könnte, nicht aber die Überfrachtung der Ausbildungsgänge mit wissenschaftsfremden Zusatz„qualifikationen“. Vollständig abwegig wäre die Einführung eines BA-Kurzstudiums in Medizin oder Jura, zumal eine solche die höchst vernünftige Trennung zwischen Universitätsstudium und Fachausbildung etwa von technischen Assistenten in Gefahr bringt.

3. Die Klage über Studienabbrüche führt ohnehin überall dort in die Irre, wo es, wie ja auch schon in unserem gegliederten Schulsystem, Durchlässigkeiten in andere Ausbildungsgänge gibt, und zwar „nach unten“ ebenso wie „nach oben“ – was vielleicht in manchem zu verbessern sein mag.

4. Mit Schönwortherhetik und Schlechtwortargumenten wurden und werden Verteidiger einer behutsamen Reform unter Einbezug der Bologna-Idee diskreditiert, z.B. wo von altem Wein in neuen Schläuchen die Rede ist, die irreführende Utopie eines „berufsqualifizierenden BA“ als Universitätsabschluss beschworen oder der systematische Unterschied zu einem Fach(hoch)schulabschluss verkannt wird. Die disziplinäre Matrix der klassischen Universität ist, um es kurz und daher etwas defensiv zu sagen, an einer allgemeinen Fachmethodik und „Lesefertigkeit“ etwa in Mathematik, Physik, Philosophie etc. und damit gerade nicht an Berufsfeldern ausgerichtet. Wer das nicht (an)erkennt, zerstört die Universität und die konkrete Idee einer lebenslangen Weitespezialisierung, von der mehr geredet wird als dass man etwas für sie tut.

5. Es waren dabei die selbständig zusammengestellten Fächerkombinationen und Schwerpunktbildungen zen-

tral, welche eine Vielfalt von interdisziplinären Ausrichtungen und damit einen Wettbewerb von vielfältig vorgebildeten Universitätsabsolventen ermöglichen. Indem nun erstens die Zweitfächer praktisch abgeschafft und zweitens die Studiengänge an Sachthemen statt an kanonischen Methoden orientiert werden, wird eine unüberschaubare Zahl neuer „interdisziplinärer“ Studiengänge und ein unüberschaubares System von Kombi-Verträgen nötig. Erschwert wird das alles dadurch, dass die Vergrößerung der Lehreinheiten von zwei Semesterwochenstunden auf ganze Module die Kombinationsmöglichkeiten im Stundenplan sozusagen exponentiell einschränkt und damit eine Selbststeuerung des Systems unmöglich macht.

6. Das wiederum führt dazu, dass man mit unendlichem bürokratischem Aufwand eine „Studierbarkeit“ der Kombi-Fächer über Zwangsstundenpläne und „Modulfenster“ herstellen muss. Die Studienabbrüche lagen ja nicht an den Stundenplänen, sondern an fehlen-

den Zwischenkontrollen und Überbelegungen. Allerdings sollte das Finanzierungsproblem der deutschen Universitäten nicht in allzu engen Zusammenhang mit dem Organisationsproblem und „Bologna“ gebracht werden.

7. Für die Programmakkreditierung folgt daraus: Sie ist überall dort überflüssig, wo in den „neuen“ Studiengängen ein traditioneller Lehrkanon nur an die erforderlichen neuen Formate angepasst wird. Sie ist überall dort kontra-

produktiv, wo sie neue Hybridfächer kreieren hilft, ohne zu prüfen, ob der Beibehalt der alten Nebenfachordnungen nicht bessere und zielführendere Ausbildungskombinationen liefern würde.

8. Die übrigen Mängel der Programmakkreditierung sind seit dem Beschluss der Landesrektorenkonferenz Nordrhein-Westfalen vom 6. Februar 2006 und den Einträgen in Wikipedia allzu bekannt, als dass hier mehr als eine kurze Aufzählung nötig wäre: Die Verlagerung der bisherigen Fachaufsicht aus den Ministerien in externe Agenturen ist sicher nicht billiger und verbessert kaum die Kohärenz und Autonomie der Studiengänge. Die für jede Evaluation zufällig ausgewählten Gutachter sind nicht in der Lage, auch nur landesweite, geschweige denn bundes- oder gar europaweite Homogenitäten der Studiengänge zu erzeugen. Die Akkreditierungen als Schiedsgerichtssprüche entmündigen die Fakultäten, und das, obwohl die Agenturen die je besondere Lage der Hochschule bestenfalls rudimentär kennen können. Die enorme Anzahl der Einzelevaluationen erzeugt einen völlig unnötigen Bürokratieauf-

wand, den aktive Universitätslehrer nur auf sich nehmen, um bei Nachbarinstitutionen Schlimmeres zu verhüten.

9. Wenn aber eine Systemakkreditierung des Qualitätseigenmanagements der Hochschule sinnvoll sein soll, kann sie nur wie von einer Beraterfirma mit klarem kooperativen Auftrag durchgeführt werden. Dazu muss jede Möglichkeit der „Erpressung“ der Universitäten durch die fachlich ohnehin nicht ausgewiesenen Agenturen verhindert werden.

»Die Akkreditierungen als Schiedsgerichtssprüche entmündigen die Fakultäten, und das, obwohl die Agenturen die je besondere Lage der Hochschulen bestenfalls rudimentär kennen können.«

Anzeige

www.wissenschaftsmanagement-online.de

Menschen / Wissen / Aktivitäten

